

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a.:

- Leiharbeit und Fleischindustrie
- NABU-Klage-Erfolg gegen Wiesenhof
- Fipronil-Kommentar
- Tierwohl: Labelvergleich, Putenklage, Brandschutz
- Öko: Echt-Bio- und Pseudo„Bio“-Tierhaltung, Kupfereinsatz in Spezialkulturen
- Wolf: Gutachten in NRW
- Veranstaltungen

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 8.8.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

PRESSEERKLÄRUNGAbL

Vor den Bundestagswahlen und den Neuwahlen in Niedersachsen:

Landwirtschaft und Agrarpolitik stehen vor wichtiger

Weichenstellung

AbL fordert konkrete Maßnahmen für bäuerliche Betriebe,

Tierschutz und Umwelt

Berlin, Hannover, Lüneburg, den 7.08.2017. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. geht es bei den Bundestagswahlen und den Neuwahlen in Niedersachsen auch um die Zukunft der Landwirtschaft und der Agrarpolitik. „Es ist eine wichtige Weichenstellung: Weiter so mit dem rasanten Höfesterben oder konkrete Maßnahmen für bäuerliche Betriebe, Tierschutz und Umwelt“, so Georg Janßen aus Lüneburg, Bundesgeschäftsführer der AbL, in einer Reaktion auf die Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen in Niedersachsen. Janßen weiter:

„In der Landwirtschaft wird heftig über Verantwortliche in der Agrarpolitik gestritten. Interessant ist, dass in der Bevölkerung, aber auch bei Bäuerinnen und Bauern, der „grüne Aufreger“ Christian Meyer, Landwirtschaftsminister in Hannover, agrarpolitisch ernster genommen wird als der „schwarze Agrarindustrie-Lobbyist“ Christian Schmidt, Bundesagrarminister in Berlin. Für die AbL geht es nicht nur um glaubwürdige Politiker. Vielmehr steht bei den anstehenden Wahlen ein agrarpolitischer Zukunftsrahmen auf der Tagesordnung, der wieder mehr Menschen eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive in der Landwirtschaft eröffnet und die notwendige Zustimmung der Zivilgesellschaft findet.

Die AbL fordert u.a. folgende Maßnahmen:

1. Die Tierhaltung, insbesondere die Schweine- und Geflügelhaltung, muss umgebaut werden. Das kostet viel Geld und damit dürfen die Bauern nicht allein gelassen werden. Bund- und Landesregierung müssen ein befristetes Finanzierungsinstrument dafür schaffen und klare verständliche Qualitäts-Kennzeichnungsregeln festlegen.

2. Der Agrarexport auf den Weltmärkten zu niedrigsten Preisen, u.a. in arme Länder der Welt, muss beendet werden. In den Agrarhandel sollen ausschließlich Qualitätsprodukte mit hoher Wertschöpfung gehen. Die Freihandelsabkommen, die Regelungen zu Gunsten der Agrarindustrie und zum Nachteil der Bauern festlegen, sind zu stoppen (z.B. Ceta, Jefta).

3. Der Milchmarkt braucht faire Regeln und Qualitätsorientierung. Statt durch steigende Erzeugungsmengen sehenden Auges in die nächste Milchpreiskrise zu schlittern, müssen Mengenreduzierende Maßnahmen unterstützt werden. Die AbL fordert eine Marktdifferenzierung durch Qualität- z.B. Weidehaltung, Langlebigkeit der Kühe, grasbetonte, Kraffutterreduzierende Fütterung.

4. Bodenpolitik für Bauern. Bund und Land sollen nicht weiter den Bodenkauf durch außerlandwirtschaftliche Investoren beklagen, sie sollen ihn gesetzlich beenden. Nicht die flächenstärksten Betriebe sondern bäuerliche Betriebe und insbesondere junge Menschen, die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen, müssen ein Vorkaufsrecht erhalten.

5. Die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung sind bundesweit sicher zu stellen. Die neuen Gentechnikverfahren sind als Gentechnik einzustufen und zu regulieren. Das Vorsorgeprinzip und die Saatgutreinheit sind zu gewährleisten. Die AbL schlägt einen Saatgutfonds vor, um eine gentechnikfreie, nachbaufähige Saatgutzüchtung zu fördern. Der Patentierung von Pflanzen und Tieren muss ein politischer Riegel vorgeschoben werden.

6. Die zukünftige EU-Agrarpolitik muss sich an Leistungen für die Gesellschaft orientieren. Die bisherige EU-Agrarpolitik mit der völlig unakzeptablen Verteilung der Direktzahlungen – 85 Prozent der EU-Zahlungen gehen an 20 Prozent der Betriebe – ist grundlegend zu reformieren. Die AbL fordert, durch einen höheren Aufschlag auf die ersten Hektare und Qualifizierung sowie Staffelungen der Zahlungen bäuerliche Betriebe zu stärken. Die Qualifizierung soll durch ein Punktesystem erfolgen. Gefördert wird der Betrieb, der u.a. gesunde Lebensmittel erzeugt, soziale Arbeitsplätze bietet, Tiere artgerecht hält, Grünland nutzt, eine vielfältige Fruchtfolge mit einheimischen Eiweißpflanzen beachtet, wirksame Maßnahmen zum Bienen-, Trinkwasser- und Klimaschutz anpackt und so einen aktiven Beitrag zur Artenvielfalt und für die Umwelt leistet“.

V.i.S.d.P.: Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer. Mobil: 0170 - 4964684

Nabu in Niedersachsen bekommt Recht **Wiesenhof muss kürzer treten**

Der Fleisch-Riese Wiesenhof muss in Sachen Grundwasserförderung für seinen Schlachthof bei Lohne kürzer treten. Er hat bereits einen neuen Antrag gestellt

BREMEN *taz* | 432.000 tote Tiere pro Tag. In dieser Größenordnung arbeitete Deutschlands größter Geflügelfleischproduzent Wiesenhof in dem abgebrannten Schlachthof bei Lohne. Für so eine Menge ist sehr viel Wasser nötig: Jährlich bis zu 800.000 Kubikmeter Grundwasser will der Konzern für Schlachthof fördern, der nach dem Brand gerade neu aufgebaut wird. Doch daraus wird vorerst nichts. Die Genehmigung ist im Juli in letzter Instanz vom Bundesverwaltungsgericht verworfen worden.

Das Urteil begründete das Gericht vor allem mit einem formellen Fehler. Der Landkreis Vechta hatte im Verfahren auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet und somit aus Sicht der Richter falsch gehandelt.

Für den Kreisverband Vechta des Naturschutzbundes (Nabu) hat damit ein „mehrjähriges Bangen ein Ende“, wie Christoph Janku vom Nabu sagt. Der Verband hatte geklagt, weil er massive Folgen für die Umwelt im betroffenen Gebiet befürchtet.

„Mehrere Quellbiotope trocknen aus und auch Kleingewässerkomplexe mit gefährdeten Arten sind betroffen“, sagt Ludger Frye, Vorsitzender der Nabu-Kreisgruppe Vechta. Auch für die Bäume birgt die Absenkung des Grundwasserspiegels ein großes Risiko. „Baumbestände verkümmern oder ältere Bäume sterben sogar ab“, warnt Lutz Neubauer, Berater des Nabu bei Fragen zum Grundwasser.

Wiesenhof hat allerdings noch nicht aufgegeben. „Die Firma Oldenburger Geflügelspezialitäten hat inzwischen einen neuen Antrag auf die Grundwasserentnahme in Höhe von 250.000 Kubikmeter pro Jahr gestellt“, sagt Jochen Steinkamp, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit vom Landkreis Vechta. Die Prüfung laufe derzeit.

Wiesenhof beharrt auf Rechtmäßigkeit

Der Wiesenhof-Konzern, zu dem die Oldenburger Geflügelspezialitäten gehören, beharrt gegenüber der *taz* auf der Rechtmäßigkeit einer Grundwasserförderung und verweist auf bestehende Gesetze. Der Konzern habe nach wie vor die Erlaubnis, Grundwasser aus dem umstrittenen Bereich zu fördern, sagt Maria Große Böckmann aus der Pressestelle des Unternehmens.

KATJA KEUL (DIE GRÜNEN), BUNDESTAGSABGEORDNETE

„Es sind wirklich ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in den Schlachtbetrieben bei Wiesenhof“

Allerdings nicht so viel wie gewünscht: Aktuell darf der Betrieb 550.000 Kubikmeter pro Jahr entnehmen – also insgesamt 250.000 Kubikmeter weniger als der Landkreis Vechta zuerst genehmigt hatte. Der Konzern gibt sich trotz der Niederlage vor Gericht zuversichtlich, dass er mit seinem neuen Antrag Erfolg haben wird. Der Nabu traut einer mit dem neuen Verfahren fälligen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht zu, die Risiken für Pflanzen- und Tierwelt aufzudecken. „Die Gutachter werden vom Antragsteller ausgewählt und bezahlt“, sagt Berater Neubauer. Er spricht von „Parteigutachten“.

Der Nabu-Vorsitzende von Vechta erhebt den gleichen Vorwurf: Wiesenhof beauftragte seit Jahren das gleiche geohydrologische Planungsbüro, kritisiert Ludger Frye.

Auch die Katja Keul (Die Grünen) geht mit Wiesenhof streng ins Gericht. „Aus umweltpolitischer Sicht ist die Ausweitung der Schlachtkapazitäten bedenklich für Natur, Mensch und Umwelt“, sagt die niedersächsische Bundestagsabgeordnete. In ihrem Wahlkreis in Nienburg kämpft sie schon lange für „Klasse statt Masse“ in der Fleischproduktion.

Neben dem immens hohen Wasserverbrauch und den befürchteten Umweltschäden beschäftigt sich die Grünen-Politikerin vor allem mit den miserablen Arbeitsbedingungen der meist osteuropäischen MitarbeiterInnen in den Schlachtbetrieben. „Es sind wirklich ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in den Schlachtbetrieben von Wiesenhof“, sagt die Politikerin. Gerade in der Region um Vechta, in der Wiesenhof eine sehr starke Stellung habe, sei es ihr aufgefallen, dass es öffentliche Kritik an dem Konzern schwer habe.

„Wir werden das neue Verfahren abwarten müssen“, sagt Rechtsanwalt Henning J. Bahr, der für den Nabu das Verfahren geführt hat. „Vor allem ist derzeit völlig unklar, ob die Voraussetzungen noch dieselben wie im Jahr 2012 sein werden, da der Schlachthof ja noch in Bau ist.“

Das Urteil könnte zudem rechtliche Folgen für andere Standorte haben. Auch in weiteren Wiesenhof-Standorten, wie im niedersächsischen Wietzen, soll es Pläne geben, die Schlachtkapazitäten zu erhöhen. Dann wird auch dort noch mehr Wasser gebraucht.

<http://www.taz.de/Nabu-in-Niedersachsen-bekommt-Recht!/5433067/>

TAZ – André Zuschlag – 7.8.2017

Fleischindustrie spart Ökostromabgabe Millionenrabatte dank Werkverträgen

Unternehmen mit besonders hohen Stromkosten zahlen keine Ökostromabgabe. Rund 40 Millionen Euro sparen Schlachtbetriebe jährlich – auch wegen der Werkverträge

HAMBURG taz | Millionenbeträge sparen deutsche Schlachtbetriebe durch das Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG), weil sie als stromkostenintensive Unternehmen gelten und von der Ökostromabgabe befreit sind. Bundesweit sind es 50 Betriebe, darunter 13 in Niedersachsen, vier in Schleswig-Holstein und einer in Bremen. Was dabei absurd anmutet: Dass sie so viel Geld sparen, hat nicht allein damit zu tun, dass sie übermäßig viel Strom verbrauchen – und damit als förderwürdig gelten – sondern auch damit, dass sie eine große Zahl von häufig schlecht bezahlten WerkvertragsarbeiterInnen beschäftigen. „Es ist ein Unding, dass diese Betriebe aus der Ausbeutung ihrer Werkvertragsarbeiter auch noch doppelten Nutzen ziehen – bei Lohn- und Energiekosten“, sagt die grüne Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer.

Im vorigen Jahr sparten die Schlachtbetriebe insgesamt 40,1 Millionen Euro durch die Entlastung bei der EEG-Umlage, dieses Jahr sind es 37,3 Millionen Euro. Eigentlich waren die Ausgleichsregelungen des EEG dazu gedacht, stromkostenintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stärken. Es zeigt sich aber, dass damit auch Anreize für die Ausweitung von Werkverträgen geschaffen wurden. „Benachteiligt werden dadurch auch Schlachtbetriebe, die auf Festeinstellungen setzen“, sagt Pothmer.

Durch das EEG erhalten dieses Jahr mehr als 2.000 Unternehmen Rabatte bei der Ökostromabgabe oder müssen diese gar nicht zahlen. Derzeit ist Voraussetzung, dass die Stromkosten der Betriebe mindestens 14 Prozent der Bruttowertschöpfung ausmachen. Zur Bruttowertschöpfung gehören auch die Lohnkosten der Stammbeslegschaft in der Produktion.

INDUSTRIERABATT

Stromkostenintensive Unternehmen gibt es vor allem in der Metall-, Nahrungsmittel-, Glas- und Kunststoffindustrie. Sie werden von der Ökostromabgabe befreit.

Ohne die Entlastung dieser Unternehmen würden aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums Produktionsstandorte ins Ausland verlagert werden.

Private Haushalte, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen, die nicht als stromkostenintensiv gelten, werden dadurch finanziell mehr belastet.

„Da Werkverträge nicht als Lohnkosten, sondern als Sachkosten gelten, müssen diese wiederum nicht in die Bruttowertschöpfung eingerechnet werden“, erläutert Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Wenn also Schlachtbetriebe ihre Personalkosten durch niedrige Festanstellungszahlen drücken, sie also mehr Werkvertragsbeschäftigte haben, steigt der Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung. Geringe Personalkosten steigern damit die Chancen, als energieintensiv eingestuft zu werden.

„Dieses gesetzliche Schlupfloch muss geschlossen werden“, findet Pothmer. Der Verband der Fleischwirtschaft jedoch schließt seit Jahren einen Zusammenhang zwischen Werkverträgen und dem Ökostromrabatt aus.

Rund 110.000 Beschäftigte arbeiten in der Schlachtindustrie. Viele von ihnen kommen aus Osteuropa und sind über Subunternehmen in den Betrieben angestellt. Subunternehmen erhalten von den Schlachtbetrieben Aufträge und bekommen dafür einen festen Betrag. „Ob die Subunternehmen damit den Beschäftigten ausreichend hohe Löhne zahlen können, interessiert die Betriebe nicht“, sagt Brümmer. „Sie

entziehen sich dadurch auch ihrer sozialen Verantwortung.“

Wie hoch genau der Anteil der Werkvertragsbeschäftigten ist, weiß niemand genau. Nach Angaben des Dachverbandes der Ernährungswirtschaft nahm der Anteil der Werkverträgtler von 2015 auf 2016 ab. „Es gibt allerdings Betriebe, da liegt der Anteil immer noch bei 80 bis 90 Prozent“, sagt Brümmer. Der Gewerkschafter kennt sich mit den Schlachtbetrieben gut aus. Er hat selbst zehn Jahre lang in der Fleischindustrie gearbeitet und kommt aus Oldenburg. Dort, im Westen Niedersachsens stehen die meisten Schlachtbetriebe.

Schon 2013 hat die NGG die Parteien im Bundestag aufgefordert, die Kosten für WerkvertragsarbeiterInnen in die Bruttowertschöpfung einzubeziehen, um damit die Einsparungen durch das EEG zumindest einzudämmen. „Das haben alle zuständigen Gremien bekommen“, sagt Brümmer.

Getan hat sich seither wenig. „Die Erfahrung der letzten zehn Jahre zeigt, dass sich da künftig auch nicht viel ändern wird“, sagt Brümmer. Der Anreiz für Billiglöhne in den Schlachtbetrieben bliebe damit erhalten.

<http://www.taz.de/!5432819/>

Werkverträge: „Weidemark-Betrieb in Sögel hat eine große Chance vertan“

Leer - „Die Verantwortlichen des Schlachtbetriebs Weidemark in Sögel haben eine große Chance vertan. Man hätte die 350 Werkvertragsarbeiter direkt beim Unternehmen anstellen sollen“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke.

Nach Bekanntwerden der Zahlungsunfähigkeit des größten Dienstleisters des Schlachtbetriebs Weidemark sollen laut Insolvenzverwalter die 350 Mitarbeiter auf zwei Subunternehmer aufgeteilt werden, die die Mitarbeiter dann als Werkvertragsarbeiter dem Unternehmen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stellen.

„Hier wird wieder einmal deutlich, dass das Unternehmen überhaupt kein Interesse daran hat, gute Beschäftigungsbedingungen für die Werkvertragsarbeiter zu schaffen“, sagt Markus Paschke. Man hätte ein deutliches Zeichen setzen können, so der Abgeordnete.

Die Beschäftigtenzahlen des Unternehmens in Sögel sprächen aber eine deutliche Sprache: 1000 Werkvertragsarbeiter und 150 Festangestellte.

„Es geht hier nicht um die Arbeitsbedingungen für die Menschen, sondern einzig allein um die Gewinnmaximierung des Unternehmens. Da bleibt die Verantwortung für die Beschäftigten auf der Strecke“, so Paschke.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die freiwillige Selbstverpflichtung, die zwischen der Fleischbranche und dem Bundeswirtschaftsministerium getroffen wurde. Die Branche hatte sich in einem Gespräch mit dem damaligen Minister Sigmar Gabriel bereit erklärt, künftig vermehrt Verträge mit deutschen Anbietern von Werkvertragsarbeitern zu vereinbaren oder direkt einzustellen.

Newsletter des Bundestagsabgeordneten Markus Paschke (SPD)

Deutschlandfunk - 08.08.2017

Reform

Linke: Leiharbeiter mit dem neuen Gesetz schlechter dran

In der Regel erhält ein Leiharbeiter nur 58 Prozent des Durchschnittslohns. Um den Missbrauch mit der befristeten Beschäftigungsform einzudämmen, hat die Große Koalition eine Reform der Leiharbeit auf den Weg gebracht. Aus Sicht der Linkspartei geht das Gesetz an der Mehrheit der Leiharbeiter vorbei.

Von Paul Vorreiter

MEHR ZUM THEMA

IG-Metall-Chef zu Leiharbeit-Beschlüssen "Wir sind einen Schritt nach vorne gekommen"

Kommentar zu Leiharbeit und Werkverträge: Es bleiben viele Lücken

Arbeitsmarktexperte zu Koalitionsbeschlüssen: "Ein kleiner Schritt"

Treffen im Kanzleramt Koalitionsspitzen legen Streit um Leiharbeit bei

Streit um Leiharbeit und Werkverträge Gleiche Arbeit für ungleiches Geld

Es ist wohl das arbeitsmarktpolitische Unwort schlechthin: Leiharbeit. Niemand will davon betroffen sein und doch rutschen immer mehr Menschen in diese Art der Beschäftigung ab, wie eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken nahelegt.

Im Dezember 2016 gab es demnach gut 990.000 Menschen in Leiharbeit, gut vier Prozent mehr als im Jahr davor. Was die Antwort der Bundesregierung auch offenbart: Der Trend geht in eine Richtung, nämlich nach oben. Warum ist das so? "Arbeitsagenturen als Durchlauferhitzer"

Karl Brenke, Arbeitsmarktexperte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin: "Die Industrie setzt besonders häufig Leiharbeiter ein und sie hat gegenwärtig ein boomendes Geschäft, insbesondere was die Exportaufträge angeht. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, dass faktisch die Arbeitsagenturen als Durchlauferhitzer für die Zeitarbeitsfirmen agieren, denn gerade wenig qualifizierte Arbeitslose werden von Leiharbeitsfirmen nachgefragt und von Arbeitsagenturen weitergereicht."

Bei der Leiharbeit wird ein Beschäftigter von einem Arbeitgeber gegen Geld an eine andere Firma ausgeliehen. Unabhängig davon, wo er eingesetzt wird, wird er meist

von der Zeitarbeitsfirma bezahlt. In der Regel erhält ein Leiharbeiter den Angaben zufolge nur 58 Prozent des Durchschnittslohns.

Reform der Leiharbeit

Um den Missbrauch mit dieser Beschäftigungsform einzudämmen, hat die Koalition aus Union und SPD eine Reform der Leiharbeit auf den Weg gebracht, die seit April dieses Jahres in Kraft ist, das heißt: Das Gesetz spielt für die aktuellen Zahlen noch keine Rolle.

Laut Reform muss ein Leiharbeiter spätestens nach neun Monaten so bezahlt werden wie die Stammbesellschaft. Außerdem darf ein Leiharbeiter maximal 18 Monate lang an den selben Betrieb ausgeliehen werden. Danach muss er entweder die Einsatzstelle wechseln oder von dem Unternehmen, bei dem er bisher tätig war, übernommen werden. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften können davon abweichende Regeln treffen.

Katja Mast, SPD-Fraktionssprecherin für Arbeit und Soziales, hält das Gesetz für einen richtigen Schritt, sagte sie dem Hauptstadtstudio.

"Zunächst haben wir jetzt schon erste positive Effekte, es gibt neue Tarifverträge in der Metall- und Elektrobranche und in der Chemieindustrie, die schon jetzt auf das neue Gesetz reagieren und bessere Regelungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vorsehen. Insgesamt ist ja die Beschäftigtenzahl für alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gestiegen und wenn man dann die Leiharbeit ins Verhältnis setzt, ist es insgesamt ungefähr konstant."

"An der Mehrheit der Leiharbeitnehmer geht das Gesetz vollkommen vorbei"

Aus Sicht der Linkspartei sind Leiharbeiter mit dem neuen Gesetz schlechter dran, wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Ernst gegenüber unseren Programmen hervorhob.

"Das Problem bei dem neuen Gesetz ist, dass erst nach neun Monaten gleicher Lohn bei gleicher Arbeit gilt aber nur circa 25 Prozent der Leiharbeitnehmer sind so lange im selben Betrieb im Einsatz. An denen geht das Gesetz vollkommen vorbei. Sie können dauerhaft schlechter bezahlt werden. "

Welche weiteren Veränderungen bei der Leiharbeit vorgenommen werden, das wird sich erst nach der Bundestagswahl zeigen. Versprechen dazu gibt es jedenfalls genug.

Die Linke fordert eine langfristige Abschaffung der Leiharbeit: Kurzfristig eine gleiche Bezahlung wie in der Stammbesellschaft, plus Flexibilitätszulage. Ähnlich sehen das die Grünen. Auch die SPD verspricht, dass Leiharbeit in Zukunft in der Regel vom ersten Tag an genauso vergütet werden soll, wie für die Stammbesellschaft. Sie will außerdem, dass die Betriebsräte mehr mitreden können. Die Union verweist in ihrem Programm darauf, dass durch die bestehende Neuregelung von Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen bereits wichtige Verbesserungen erzielt worden seien.

NOZ - 07.08.2017, KOMMENTAR ZUM FIPRONIL-SKANDAL
Gift im Ei: Von Opfern, Tätern und Versäumnissen
Kommentar von Dirk Fisser

Osnabrück. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg leitet Ermittlungen gegen Bauern ein, die vom Fipronilskandal betroffen sind. Die Kriminellen aber sind andernorts zu finden. Ein Kommentar.

Bei allem, was bis jetzt im Fipronil-Skandal bekannt geworden ist, haben sich betroffene Bauern nur einen Vorwurf gefallen zu lassen: dass sie trotz ihrer Kenntnis um die Hartnäckigkeit der Blutlaus die Wunderwirkung des angeblich aus ätherischen Ölen zusammengerührten Gebräus nicht kritischer hinterfragt haben. Ihre Gutgläubigkeit wird nun doppelt bestraft: Eier und damit bares Geld werden vernichtet, und obendrein ermittelt auch noch die Staatsanwaltschaft.

Die Kriminellen sind wohl nicht auf den Bauernhöfen zu finden, sondern entlang der Lieferkette, die sich von Rumänien und Belgien bis in die Niederlande zieht. Es bleibt unverständlich, dass Belgien wider besseres Wissen erst gar nicht und dann unzureichend gewarnt hat, dass die Niederländer Listen betroffener Betriebe nicht schneller weitergereicht haben.

Einmal mehr wird klar, dass auch nach Dioxin im Futtermittel und Pferdefleisch in der Lasagne keine effektive Überwachung besteht, die im Zweifelsfall Schlimmeres verhindern kann, statt nur viel zu spät zu warnen. Eine grenzüberschreitende Nahrungsmittelindustrie muss auch grenzübergreifend kontrolliert werden – ohne Rücksicht auf nationale, regionale, lokale Befindlichkeiten. Es geht um die Gesundheit der Verbraucher.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/fipronil-angst-die-geschichte-von-eiern-und-bienen-kolumne-a-1161353.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/fipronil-belgische-behoerden-wussten-seit-anfang-juni-von-verdachtsfaellen-a-1161517.html>

<http://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/mehr-als-honig>

SUS 4/2017 – 7.8.2017
Vier Tierwohl-Label verglichen

.... Viele fragen sich, wie viel Tierwohl der Markt verträgt und welche Entwicklungen es im Ausland gibt. SUS hat die Programme ITW, das staatliches Label, das niederländische Label Beter Leven und das dänische Programm BedreDyrevelfærd (Besseres Tierwohl) miteinander verglichen.

Der Auszug aus den verschiedenen Kriterienkatalogen zeigt, dass sich die Labels in ihren Anforderungen ähneln. So kommt es darauf an, die mit den Anforderungen einhergehenden Investitionen und die Mehrarbeit vergütet zu bekommen. Die ITW steht finanziell gut dar. Zwar fallen die Vergütungssätze zukünftig schmäler aus, dafür können mehr Betriebe teilnehmen. Wie es nach 2020 weiter geht und ob eine Verzahnung mit dem staatlichen Label möglich ist, steht noch in den Sternen. Wie ein erfolgreicher Zusammenschluss zwischen Staat, Tierschützern und Schweinehaltern aussehen kann, zeigt Beter Leven in Holland. Hier hat die Ganz-Schwein-Vermarktung die Wirtschaftlichkeit noch einmal deutlich verbessert. Dänemark sind die verschiedenen Stufen auf dem Produkt deutlich gekennzeichnet. Die Tierwohl-Zuschläge muss jeder Betrieb mit dem Schlachthof aushandeln.

Lesen Sie den Beitrag "[Wie viel Tierwohl verträgt der Markt](#)" in der SUS 4/2017 ab Seite 10.

Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt – Wir ziehen vor Gericht

wenn Sie als Pute für die Massentierhaltung auf die Welt gekommen wären, dann hätte Sie folgendes Schicksal erwartet: Als Küken wäre Ihnen der Schnabel ohne Betäubung teilamputiert worden. Sie wären mit tausenden Artgenossen in dunkle, stinkende Hallen gesperrt worden, wo Sie außer Fressen und Trinken nichts zu tun gehabt hätten. Dadurch wären Sie aggressiv geworden und Sie und Ihre Artgenossen wären regelmäßig aufeinander losgegangen.

Nach wenigen Monaten Mast wären Sie so schwer geworden, dass Sie sich kaum noch auf Ihren eigenen Beinen hätten halten können. Durch das ständige Liegen auf Fäkalien hätten Sie schmerzhafte Entzündungen bekommen. Eines Tages hätte Sie ein Fangtrupp gegriffen, in eine Kiste gestopft und Sie wären zu einem Schlachthof transportiert worden. Dort wären Sie kopfüber in einen Metallbügel gehängt und durch ein Elektrowasserbad gezogen worden. Mit etwas Glück hätten Sie vom Rest der Schlachtung nichts mehr mitbekommen.

Das System der Putenmast ist so grausam, dass viele Fachleute nicht wissen, an welchen Stellen man ansetzen könnte, um die Leiden wirkungsvoll zu lindern. Wir sind über die Jahre zu dem Schluss gekommen, dass die bescheidenen Anforderungen des Tierschutzrechts in der Putenhaltung durchgängig und weit unterschritten werden. **Die Zustände sind so gravierend, dass die Putenmast entweder abgeschafft oder völlig neu aufgezogen werden muss, um nicht mehr gegen geltendes Recht zu verstoßen.**

Die Beweislage dafür ist inzwischen so stark, dass wir vor Gericht ziehen wollen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir eine Klage finanzieren, die wahrscheinlich über

stehen außerordentlich gut, dass wir danach in ganz Deutschland völlig andere Regeln für die Putenmast haben werden.

Können Sie helfen, die Klage zu finanzieren?

Diese Klage soll die bislang größte Tierschutz-Verbandsklage werden. Packen wir es an!

PS: Ob groß oder klein - [wirklich jeder Beitrag für die Puten-Klage hilft!](#)

<https://albert-schweitzer-stiftung.de/helfen/spenden-2>

MAZ - 08.08.2017 :

Feuer in Frankenförder Stall

Flammen töteten 2600 Schweine

Ein technischer Defekt hat wahrscheinlich den Großbrand in einer Schweinehaltung in Frankenförde (Teltow-Fläming) am Montagabend ausgelöst. Mehr als 2000 Tiere wurden Opfer der Flammen. Die Schadenssumme beläuft sich nach ersten Erkenntnissen auf als 800000 Euro.

Frankenförde. 2600 Schweine – überwiegend Ferkel – sind nach ersten Erkenntnissen bei einem Brand am Montagabend in der Schweinemastanlage in Frankenförde verendet. Bereits um 16.40 Uhr wurde das Feuer gemeldet, das in einem 50 Meter langen und 18 Meter breiten Stall ausgebrochen war. Dort befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 6700 Schweine.

Feuerwehren aus der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Jüterbog und Luckenwalde waren mit einem Großaufgebot stundenlang im Einsatz. „Als wir vor Ort eintrafen, stand der hintere Stall voll in Flammen. Dort waren die Tiere drin“, sagt Einsatzleiter Mathias Richter. Die Herausforderung für die Feuerwehrleute war, einen Übergriff auf die anderen Stallungen zu verhindern. „Deshalb haben wir zu einer massiven Brandbekämpfung von außen entschieden“, fügt Richter hinzu. Da das Dach des brennenden Stalles einzustürzen drohte, konnten die Feuerwehrleute nicht ins Innere.

HAZ - 06.08.2017 :

BI lädt zu Podiumsdiskussion über Ökolandbau

Nach Meinung der Bürgerinitiative (BI) Pattensen ähnelt der Ökolandbau immer mehr der konventionellen Landwirtschaft - und zeigt ähnliche Fehlentwicklungen. Zu diesem Thema lädt die BI für Mittwoch, 9. August, 18.30 Uhr, zu einer kostenfreien Podiumsdiskussion im Ratskeller am Marktplatz 1 ein.

Pattensen-Mitte. Nach Auskunft von Carola Böse-Fischer, der Vorsitzenden der BI gegen Massentierhaltung, ist der **Anlass für die Veranstaltung der Plan eines Landwirts aus Pattensen-Mitte, einen Stall für bis zu 12.000 Legehennen zu bauen. Der Landwirt will nicht den gesamten Hof auf Öko umstellen, aber als neuen Wirtschaftszweig künftig Bioeier vermarkten.** Auch diese Teilumstellung ist ein Kritikpunkt der BI.

Auf einem Acker in Pattensen-Mitte unweit der Bundesstraße 3 entstehe "der größte Biolegehennenstall in der Region Hannover", sagt Böse-Fischer. Nach Meinung der BI ist Bio inzwischen "nicht mehr gleich bio". Denn die Biobranche produziere längst Massenware, weil der Markt boome und gute Geschäfte verspreche. "Deshalb setzen viele Biolandwirte ebenso auf Masse und Größe." Die Folge sei, dass die Produktionsverfahren vieler Biobetriebe denen der konventionellen immer ähnlicher würden. Worunter unter anderem das Wohl der Tiere leidet.

Vor allem Massentierhaltung sei zum Geschäftsmodell von Biobetrieben geworden. "Ställe mit Tausenden Biolegehennen sind keine Seltenheit", kritisiert die BI. Den ahnungslosen Verbrauchern, die sich bemühen, umwelt- und tierverträglich einzukaufen, werde aber weiter "eine heile Biowelt vorgegaukelt". Die Politik sehe dabei laut BI "tatenlos zu".

Nach Angaben der BI sehen auch Ökobauern, die nach den strengen Richtlinien der Bioverbände wie Demeter oder Bioland arbeiten, diese Entwicklung mit Sorge. "Sie fürchten um das bislang gute Image der Biobranche", heißt es. Die BI will "über diese große Biolüge" mit Gästen diskutieren.

Für das Podium konnte die BI die örtlichen Bundestagsabgeordneten Maria Flachsbarth (CDU), die auch Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesagrarministerium ist, und Matthias Miersch (SPD), den umweltpolitischen Sprecher seiner Fraktion, gewinnen. Außerdem sitzen auf dem Podium Hans-Joachim Janßen, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, und Harald Gabriel, Geschäftsführer von Bioland Niedersachsen, sowie Jan Wittenberg, ein Biolandwirt aus Nordstemmen. Die BI Pattensen wird von Wighard Dreesmann vertreten, der sei der Gründung 2010 Vorsitzender war. Die Moderation der Diskussion übernimmt die neue Vorsitzende Carola Böse-Fischer.

TAZ – Lucia Heisterkamp – 6.8.2017

Folgen der ARD-Sendung „Die Eierlüge“

Das Gegenteil vom Federviehglück

Misstände in Bio-Hühnerställen? Der Eier-Zertifizierer KAT wehrt sich gegen Vorwürfe der ARD. Doch das ist nicht der einzige Skandal.

BERLIN *taz/rtr* | Der Eier-Zertifizierer KAT hat die Tierschutz-Vorwürfe gegen Bio- und Freilandbetriebe zurückgewiesen. In der **ARD-Sendung „Die Eierlüge“** am vorherigen Montag waren Aufnahmen des Vereins Deutsches Tierschutzbüro gezeigt worden, die Misstände in acht deutschen und niederländischen Hühnerställen dokumentieren. Alle Höfe waren zum Zeitpunkt der Aufnahmen vom Verein für kontrollierte alternative Tierhaltungsformen (KAT) zertifiziert.

Die Bilder der Tierschützer zeigen zusammengepferchte Hühner in einem konventionellen Freilandbetrieb, die auf völlig verdreckten Stangen sitzen, dazwischen auch tote Tiere. In einem Freilandhof in den Niederlanden wurden die Hennen nicht nach draußen gelassen, nach Aussage des Betreibers wegen der Vogelgrippe – dabei sei die schon im April in den Niederlanden für beendet erklärt worden. In einem Biobetrieb wurden Elektrokabel gefunden, mit denen die Tiere offenbar am gesetzlich vorgeschriebenen Auslauf gehindert werden sollten. Das wäre ein klarer Verstoß gegen die EU-Öko-Richtlinien.

„Die erhobenen Vorwürfe konnten von uns in den in der Berichterstattung gezeigten Betrieben anhand von bereits vor zwei Wochen durchgeführten Sonderaudits nicht bestätigt werden“, teilte KAT der taz nun mit. Trotzdem wurden einige der Höfe vorübergehend von dem Verein gesperrt.

Der Vorsitzende des Tierschutzbüros, Jan Pfeifer, bezweifelt die Glaubwürdigkeit der Kontrollen. „KAT ist ein Privatverein“, sagte Pfeifer der taz. Man habe die Fälle deshalb an staatliche Behörden weitergeleitet, sie würden jetzt vom Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie der staatlichen Tierschutzstelle in den Niederlanden überprüft.

Kaum noch Federn

Bei den Bio- und Freilandbetrieben, die in der ARD-Sendung gezeigt wurden, handelt es sich um Großställe mit teilweise 35.000 und mehr Tieren. Laut Öko-Verordnung sind zwar maximal 3.000 Legehennen pro Stall erlaubt, die Vorschrift ist aber nach Meinung des Grünen-Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff zu vage formuliert. Viele Großbetriebe umgehen sie, indem sie mehrere Herden mit jeweils 3.000 Tieren durch Holzwände trennen und in einem Gebäude halten.

Dass solche Großbetriebe wenig mit Bio-Idylle zu tun haben, ist nicht neu. Die taz hatte schon vor einem Jahr berichtet, dass wegen der hohen Tierzahl die Grasnarbe der Ausläufe schnell zerstört ist und deshalb Exkremete der Hühner leichter ins Grundwasser gelangen können.

Der Lebensmittelhändler Aldi, der aus zwei der betroffenen Bio-Betriebe beliefert wurde, nahm die Ware bis auf Weiteres aus dem Sortiment. Die belgische Behörde für Lebensmittelsicherheit hat nun erklärt, sie sei bereits Anfang Juni von einer Firma informiert worden, die in Eiern erhöhte Werte des Schädlingsbekämpfungsmittels Fipronil fand. [Millionen belasteter Eier wurden auch nach Deutschland geliefert.](#)

Bewusster Umgang mit den Tieren

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft kritisiert, dass die ARD-Reportage verschiedene Haltungsformen durcheinandermische. Die Filmaufnahmen zeigen nicht nur Bio-, sondern auch konventionelle Freiland- und Bodenhaltungsställe, in denen die Zustände noch schlimmer sein sollen: In der Sendung gezeigte Hühner hatten kaum noch Federn oder steckten in den Metallgestellen der Ställe fest. Das Tierschutzbüro empfiehlt Verbrauchern deshalb, gar keine Eier mehr zu essen.

Die Pressesprecherin des Bio-Verbands Demeter, Renée Herrnkind, findet hingegen, Bio-Betriebe müssten differenzierter betrachtet werden. Szenarien wie die in der

ARD-Dokumentation verleiteten zu Pauschalurteilen, „man kann es aber auch gut machen“, sagte Herrnkind der taz. Geflügelzucht dürfe keine Massenproduktion sein, es bräuchte einen bewussten Umgang mit den Tieren. So ein Bewusstsein gebe es in der von Demeter vertretenen biodynamischen Landwirtschaft sehr wohl, sagte Herrnkind.

Immerhin besuchten die ARD-Reporter auch einen kleinen Biohof, der dem Bild der bäuerlichen Tieridylle entspricht. Auf dem Hof Hasenkrug leben rund 5.000 Hennen, zum Picken auf frischen Grasflächen werden sie jeden Morgen in einem mobilen Stall gefahren. Dafür kostet das Ei der mobilen Hühner im Handel auch 35 Cent und nicht wie beim Discounter Aldi 26 Cent.

<http://www.taz.de/!5438510/>

Die Wahrheit hinter der „heilen“ Welt bei Bioland - AnimalRights Watch

www.ariwa.org/.../1454-die-wahrheit-hinter-der-heileng-welt-bei-bioland.html

31.7.2017: AnimalRights Watch (ARIWA) veröffentlicht heute Videomaterial aus mehreren Bioland-Betrieben. Diese Aufnahmen zeigen ein komplett anderes ...

<http://www.presseportal.de/pm/127463/3697156>

BIOLAND:Voller Einsatz für das Tierwohl

Seit Jahrtausenden betreiben Ackerbauern und Viehzüchter Landwirtschaft. Immer mit dabei waren die Haus- und Nutztiere, denn ökologische Landwirtschaft ohne Tierwirtschaft ist nur schwer möglich: Tiere sind natürliche Stickstoffspender und darum enorm wichtig für einen fruchtbaren Boden.

Voller Einsatz für bestes Tierwohl

Seit über 40 Jahren setzen wir uns bei Bioland für das beste und möglichst artgerechte Leben der Tiere ein. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Nutztiere, vom Regenwurm bis zur Milchkuh und vom Marienkäfer bis zum Stier. Denn Tiere sind keine Maschinen und auch keine leblosen Rohstofflieferanten!

Ständige wissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Bei Bioland gibt es darum strenge Richtlinien. Daran halten sich mehr als 6.000 Bioland-Erzeuger. In ihrer Tierhaltung verpflichten sie sich dem Wohl der Tiere. Unsere Richtlinien gehen deutlich über die EU-Biorichtlinien hinaus, dennoch ist uns bewusst, dass es immer noch Schwachstellen gibt, genauso wie Themen, für die wir bisher noch nicht die besten Lösungen gefunden haben. Darum entwickeln wir unsere Richtlinien ständig nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen weiter.

Ein praktisches Beispiel, wie wir Nachhaltigkeit leben? Die Kreislaufwirtschaft auf unseren Höfen

Forschung ist Theorie, der bäuerliche Alltag ist die Praxis und muss auch betriebswirtschaftlich funktionieren. Futtererzeugung auf den Höfen und in der nahen Region ist einer der Grundsätze bei Bioland-Bauern. Wir wollen lange Transportwege vermeiden, die bäuerliche Landwirtschaft erhalten, unabhängig bleiben von Agrarkonzernen und die Kulturlandschaft pflegen. Vor allem aber geben die Tiere den Feldern und Weiden wertvollen Dünger zurück – und dort wachsen dann wieder

Futter und Lebensmittel. So entsteht ein zukunftsfähiger, ökologischer und wirtschaftlicher Kreislauf.

<http://www.bioland.de/infos-fuer-verbraucher/bioland-tiere.html>

SPIEGEL Ökologische Landwirtschaft **Warum Bio-Bauern ein Schwermetall spritzen**

– 7.8.2017

Die Bio-Branche wächst, fast alle großen Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für die ökologische Landwirtschaft aus. Doch "ohne Gift", wie es die Grünen versprechen, kommt auch der Öko-Anbau nicht aus.

*Ein Beitrag zur Themenwoche "Umwelt" von **Nina Weber***

7 mal 17

Wo steht Deutschland: bei der Integration von Flüchtlingen, dem Umweltschutz, der sozialen Gerechtigkeit? Wir wollen es herausfinden - und berichten in sieben Themenwochen über Deutschland im Wahljahr 2017.

Einen Überblick finden Sie hier.

.... Sicher gibt es verschiedene Gründe, bio zu kaufen. Einer davon lässt sich mit einer überspitzten Formulierung aus dem Wahlprogramm der Grünen beschreiben, die den ökologischen Landbau als ihr Leitbild sehen: "Eine Landwirtschaft ohne Gift".

Tatsächlich garantiert die ökologische Landwirtschaft einen Anbau ohne chemische Pflanzenschutzmittel. Das bedeutet im Einzelfall jedoch nicht zwingend, dass der Bio-Pflanzenschutz weniger "giftig" ist als der konventionelle. Der Drang nach Natürlichkeit führt dabei mitunter zu Lösungen, die weder den Landwirten noch der Umwelt dienen. Und im Zweifel kann man sogar darüber streiten, ob ein Pestizid nun bio ist oder nicht.

Womit wir bei den deutschen Bio-Winzern wären, für die 2016 ein - vorsichtig formuliert - herausforderndes Jahr war. Anhaltende Regenfälle sorgten dafür, dass sich ein schädlicher Pilz, der Falsche Mehltau, **rasant in den Weinbergen ausbreitete.**

Chemisch und unbedenklich

Kaliumphosphonat kann in dieser Situation helfen. Chemisch formuliert ist es ein anorganisches Salz der Phosphonsäure, es wird synthetisch hergestellt. Kaliumphosphonat gilt als vergleichsweise unbedenklich für Mensch und Umwelt - **das schreibt** etwa der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Das Mittel ist ein besonderer Fall: Bis 2013 durften Bio-Winzer Kaliumphosphonat nutzen, weil es als sogenanntes Pflanzenstärkungsmittel eingestuft war. Durch eine Gesetzesänderung auf EU-Ebene fiel es danach in die

Kategorie Pflanzenschutzmittel - und damit als chemisch erzeugter Wirkstoff für den Ökolandbau aus. Die Unbedenklichkeit ist unwesentlich, wenn es an Natürlichkeit hapert.

Natürlich und kritisch

Eine andere Substanz dürfen Bio-Winzer allerdings einsetzen, um Pilze wie den Falschen Mehltau zu bekämpfen: Kupfer - in Form der sogenannten Bordeauxbrühe.

Laut Umweltbundesamt (UBA) "ist Kupfer grundsätzlich kritisch zu betrachten, da hohe Konzentrationen des Schwermetalls in der Erde zahlreiche Bodenorganismen schädigen können, darunter auch Regenwurmarten". Regenwürmer, das muss man dazu sagen, sind sozusagen die Bienen des Bodens: Ohne sie hätte man ein großes Problem. Nur dass sie nicht bestäuben, sondern abbauen.

Außerdem gilt: Ist Kupfer einmal im Boden, bleibt es dort. Weil Kupfer schon seit vielen Jahrzehnten genutzt wird - auch von konventionellen Winzern - und früher in viel höheren Mengen verwendet wurde, hat es sich insbesondere in Weinbergen stark angereichert. Die gute Nachricht: Laut einer Langzeituntersuchung des Julius-Kühn-Instituts (JKI) kommen Regenwürmer und andere Bodenorganismen damit aus verschiedenen Gründen besser klar als gedacht. Dennoch stuft auch das JKI Kupfer grundsätzlich als kritisch ein - aus diesem Grund gibt es strenge, in Deutschland sehr niedrige Höchstmengen, die Landwirte pro Jahr nicht überschreiten dürfen. Die Beschränkung soll gewährleisten, dass das Metall auch in Zukunft weiter gegen Pilzbefall verwendet werden kann, falls dies nötig ist.

Im Deutschlandfunk sagte Bernd Hommel vom JKI: "Würde Kupfer das erste Mal als Pflanzenschutzmittel auf der Tagesordnung stehen, würde es niemals eine Zulassung bekommen."

Glücklich sind die deutschen Bio-Winzer mit der Situation nicht. Denn im Sommer 2016 reichte die erlaubte Kupfermenge allein nicht aus, um den Falschen Mehltau loszuwerden.

Die Weinproduzenten machen sich dafür stark, Kaliumphosphonat wieder für den Öko-Weinbau zuzulassen. Es habe einen "naturstofflichen Charakter", argumentiert etwa der Verband Ecovin. ...

Unterm Strich lässt sich also festhalten: Ein Schwermetall, das sich im Boden anreichert und Regenwürmern schaden kann, ist bio. Ein selbst von Öko-Verbänden als unbedenklich eingeschätztes anorganisches Salz ist es nicht. Denn Bio-Pflanzenschutz muss laut Richtlinie "pflanzlichen, tierischen, mikrobiellen oder mineralischen Ursprungs sein" - wobei die Gesetzgebung auch Raum für Ausnahmen lässt.

Und: Wenn die Bedingungen allzu widrig sind, müssen Öko-Landwirte entweder herbe Ernteeinbußen hinnehmen oder doch in die sonst so verhasste Chemie-Kiste greifen. Im Fall von Wein mag eine verlorene Ernte, so schrecklich sie für den Winzer ist, für die Gesellschaft ein Luxusproblem darstellen. Bei Kartoffeln, die ebenfalls anfällig für Pilze sind, sieht das schon anders aus.

Das alles bedeutet nicht, dass die Bio-Branche der falsche Weg ist. Doch für eine nachhaltige, möglichst umweltschonende Landwirtschaft wäre es besser, wenn die ideologischen Scheuklappen fallen und man sich stattdessen für optimale Lösungen entscheidet. ...

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/kupfer-warum-bio-winzer-ein-schwermetall-spritzen-a-1161227.html>

Fipronil-Zulassung als Pflanzenschutzmittel läuft aus

Nachrichtenagentur: dpa-AFX | 08.08.2017, 17:52 | 115 | 0 | 0 BRÜSSEL (dpa-AFX) –

Der im Eier-Skandal in Verruf geratene Wirkstoff Fipronil darf von Anfang Oktober an auch nicht mehr als Pflanzenschutzmittel verwendet werden. Wie eine Sprecherin der EU-Kommission am Dienstag bestätigte, läuft die entsprechende Genehmigung am 30. September 2017 aus. Ein Antrag auf Verlängerung sei nicht gestellt worden. In der Landwirtschaft ist das Insektizid Fipronil heute noch zur Behandlung von Saatgut zugelassen. Es darf zum Schutz von Bienenvölkern allerdings nur dann eingesetzt werden, wenn das behandelte Saatgut zur Aussaat im Gewächshaus bestimmt ist oder wenn es sich um das Saatgut von Lauch-, Zwiebel-, Schalotten- und Kohlpflanzen handelt, die bereits vor der Blüte geerntet werden.

Die Verwendung von Fipronil bei Tieren, die Lebensmittel liefern, ist in der EU verboten. Neben der Verwendung als Pflanzenschutzmittel ist noch der Einsatz als Tierarzneimittel erlaubt. Es darf beispielsweise auf das Fell von Hunden aufgetragen werden, um diese vor Flöhen, Läusen und Zecken zu schützen. Der Wirkstoff Fipronil war 1987 vom französischen Chemieunternehmen Rhône-Poulenc entdeckt worden. 2003 erwarb der deutsche BASF-Konzern die Rechte daran./aha/DP/tos

Fipronil-Zulassung als Pflanzenschutzmittel läuft aus | wallstreet-online.de -

Vollständiger Artikel unter:

<https://www.wallstreet-online.de/nachricht/9807465-fipronil-zulassung-pflanzenschutzmittel-laeuft>

SPEKTRUM.DE News | 05.08.2017 |

Meere: Gigantische Todeszone im Golf von Mexiko

Vor der Küste der USA erstreckt sich ein riesiges sauerstoffloses Gebiet im Golf von Mexiko. Ursache ist wahrscheinlich das Abwasser der Fleischindustrie.

von [Daniel Lingenhöhl](#)

... Verursacht wird dieser hypoxische Zustand durch den massiven Eintrag von Nährstoffen aus dem Mississippi, der Düngemittelreste und Abwässer aus Städten sowie der Viehzucht von einer großen Fläche im Binnenland einsammelt und ins Meer transportiert.

Eine Studie der Umweltorganisation "Mighty" [führt einen großen Teil des Nährstoffeintrags](#) auf einige wenige Agrarkonzerne zurück, die im Mittleren Westen riesige Flächen bewirtschaften (lassen) und in großem Stil Fleisch produzieren. Die Viehzucht gilt ohnehin als einer der wichtigsten Einzelakteure, die für die Entstehung der Todeszonen verantwortlich sind. Neben den Ausscheidungen der Tiere spielt die Landumwandlung für ihre Ernährung eine wichtige Rolle: Vielfach grast das Vieh nicht mehr auf Weiden, sondern steht im Stall und erhält unter anderem Kraftfutter aus Mais und Soja. Beide Nutzpflanzen werden zudem zu Biokraftstoffen weiterverarbeitet, [was als zweitgrößter Faktor für die Überdüngung des Golfs betrachtet wird](#).

.... diese hypoxischen Bedingungen zerstören nicht nur die Artenvielfalt vor Ort, sondern verursachen natürlich auch ökonomische Schäden: Fischfang und Schrimpszucht erleiden dadurch starke finanzielle Einbußen. [Todeszonen treten weltweit in wachsender Zahl und Größe vor Küsten auf](#); sie wurden in der Ostsee und im Schwarzen Meer ebenso beobachtet wie vor Westafrika oder der Mündung des Jangtsekiang in Ostasien.

<http://www.spektrum.de/news/gigantische-todeszone-im-golf-von-mexiko/1491969>

Gutachter will Wölfe zum Abschuss freigeben

Dpa - 08.08.17 14:08

Der Biologe Hans-Dieter Pfannenstiel sehe "weder stichhaltige juristische noch wildbiologische oder populationsdynamische Gründe, weswegen der Wolf nicht auch in Deutschland planmäßig bejagt werden könne", teilten der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) und der Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Westfalen-Lippe (VJE) am Dienstag mit. Sie hatten die Stellungnahme in Auftrag gegeben.

... Naturschützer entgegneten, dass die Tötung von Wölfen ein ungeeignetes Mittel zum Schutz von Nutztieren sei. Zudem sei der Wolf aktuell streng geschützt, teilte der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) mit. ...

Steuerung von Tierhaltungsanlagen und Grundwasserschutz – Wie hängt das zusammen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere wichtigste Lebensgrundlage – das Wasser ist in Gefahr. In immer mehr Regionen auch in unserem Landkreis - wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser um ein vielfaches überschritten. Auch im Landkreis Oldenburg wird der OOWV zunehmend aufwändigere und kostenintensivere Gegenmaßnahmen treffen müssen, um die hohe Trinkwasserqualität zu halten. Wesentliche Ursache hierfür ist die Massentierhaltung. Es wird weitaus mehr Gülle produziert als auf dem vorhandenen Land aufgebracht werden kann. Trotzdem nimmt die Zahl der Tiere von Jahr zu Jahr zu. Auch in der Gemeinde Dötlingen stieg die Zahl der Tierhaltungsanlagen in den letzten Jahren stetig an.

Das hat die Gemeinde zum Anlass genommen die Aufstellung eines Bebauungsplans zur „Steuerung von Tierhaltungsanlagen“ auf den Weg zu bringen. Aktuell läuft die öffentliche Auslegung. Kann eine Steuerung der Tierhaltungsanlagen das Gülle / Nährstoffproblem lösen!? Hilft die neue Düngeverordnung den Nährstoffüberschuss im Landkreis einzudämmen!?

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir am **17.08.2017 um 19:30 Uhr im Landhotel Dötlingen, Rittrumer Kirchweg** erörtern und diskutieren, welchen Einfluss/welche Auswirkung eine solche Steuerung auf die landwirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde haben kann. Und, was kann es für den Grundwasserschutz bedeuten. Unsere Gastreferenten an diesem Abend werden sein:

Peter Maiwald, Umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Uwe Behrens, Bündnis Mut

Hierzu laden wir Sie herzlich ein!

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Roggentien

Eduard Hüser

Bündnis90/Die Grünen

Betreff: Einladung zur Teilnahme an einer Befragung zur Evaluation des Umweltinformationsgesetzes (UIG) des Bundes im Auftrag des Umweltbundesamtes, UfU

... das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) e.V. führt eine **Evaluation des Umweltinformationsgesetzes (UIG) des Bundes** im Auftrag des Umweltbundesamtes durch.

Nähere Informationen zu den Zielen der Evaluation entnehmen Sie bitte dem angehängten **Empfehlungsschreiben der UBA-Präsidentin Frau Krautzberger**.

Weitere Informationen zu dem Projektkonsortium sowie dem Projektverlauf finden Sie unter: <http://www.ufu.de/projekt/evaluation-des-umweltinformationsgesetzes/>.

Für die Evaluation sind Ihre Erfahrungen als Umwelt-/Naturschutzvereinigung zur Praxis der Anwendung des UIG von großem Interesse. Daher möchten wir Sie herzlich bitten, die Evaluation mit Ihrer Teilnahme an dieser Befragung oder durch die Weiterleitung an den zuständigen/die zuständige Mitarbeiter/in zu unterstützen. Die Befragung wird voraussichtlich **20 Minuten** Ihrer Zeit beanspruchen.

Auch für den Fall, dass Ihre Vereinigung noch keine oder nur wenige Erfahrungen mit der Nutzung des Umweltinformationsanspruches gemacht hat, würde uns Ihre Teilnahme an der Befragung sehr weiterhelfen.

Hinweis: Alle interessierten **Mitglieder Ihrer Vereinigung können ihre Erfahrungen ebenfalls** in einer Befragung unter Bürgerinnen und Bürgern in die Evaluation **einbringen**. Diese ist unter der Online-Plattform www.fragdenstaat.de freigeschaltet und unter dem folgenden Link abrufbar: <http://blog.fragdenstaat.de/2017/uig-evaluation/>

Die **Verbreitung dieser Teilnahmemöglichkeit unter** potentiell interessierten unter Ihren **Mitgliedern** - etwa durch einen **Hinweis in einem Newsletter** - würde unsere Evaluation sehr unterstützen.

Für Fragen zum Projekt und der Evaluation kontaktieren Sie gerne Karl Stracke vom UfU unter der E-Mailadresse: UIG-Evaluation@ufu.de

Im Namen des gesamten Projektteams möchte ich Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung danken!

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Michael Zschiesche

(Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des UfU)

--

i.A. Patrick Konopatzki

Unabhängiges Institut für Umweltfragen - UfU e.V.

Independent Institute for Environmental Issues - UfU

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

E-Mail: UIG-Evaluation@ufu.de

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus rechtlichen Gründen folgende Information: Durch Auswahl eines Links verlassen Sie unseren Newsletter / unsere Website und gelangen auf die Internet-/ Website eines anderen Anbieters. Diese Seiten sind nicht Bestandteil unseres Newsletters / unserer Website. Für die Inhalte dieser Seiten sind wir nicht verantwortlich. Insbesondere auch nicht für mögliche dortige Markenschutzverletzungen. Als einen Link definieren wir hierbei grundsätzlich ALLE Hyperlinks dieser Site, bei denen sich ein NEUES Browser-Fenster öffnet!

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de